

# Gaskraftwerke für Übergangsphase unverzichtbar

Von THORSTEN BOTHE

**Ladbergen** (gl). Viel zu tun hat derzeit der münsterländische CDU-Europaabgeordnete Dr. Markus Pieper (Foto): Als Berichterstatter für das Europäische Parlament zum Ausbau der erneuerbaren Energien arbeitet er an der Stellungnahme der Legislative zum Vorschlag der EU-Kommission zur Taxonomie. Mit der soll festgelegt werden, welche



Geldanlagen als klimafreundlich gelten sollen.

„Das wichtigste Ziel ist der Ausbau der erneuerbaren Energien“, betonte der Lotter am Freitag bei einem Pressegespräch in Ladbergen. Diese sollen bereits 2030 40 Prozent des Endenergieverbrauchs in Deutschland und der EU abdecken – derzeit sind es hierzulande 20 Prozent. 2045 soll Deutschland, 2050 die EU sogar klimaneutral sein, also netto keine Treibhausgase mehr freisetzen. Zugleich sollen nach den deutschen Atom- auch die Kohlekraftwerke in den nächsten Jahren abgeschaltet werden. Also brauche es, ist der

58-Jährige überzeugt, Gaskraftwerke – auch neue – als Übergang.

Diese sollen dem Taxonomie-Vorschlag zufolge als „Grün“ eingestuft werden können. Allerdings unter Bedingungen, die laut Pieper absehbar nicht erfüllbar sind. Der geforderte Anteil an beizumischendem Biogas etwa sei gar nicht verfügbar. Auf herkömmliche Systeme könne also vorerst nicht verzichtet werden, sonst „laufen wir direkt in die Energiearmut“, warnt Pieper. „Wir brauchen eine Interessenvertretung für Gas in Brüssel“, fordert er daher und kritisiert diesbezüglich die neue Bundesregierung: „Da herrscht Funkstille.“ Dabei

war das „grüne“ Label für Gas vor allem auf Wunsch Deutschlands in den Kommissionsvorschlag aufgenommen worden.

Auf Druck Frankreichs will die Kommission zugleich die Möglichkeit eröffnen, Atomenergie als „klimafreundlich“ zu titulieren. Er selbst stehe zwar zum Atomausstieg, machte Pieper deutlich. Doch könne man es den Franzosen und anderen Ländern nicht verbieten, moderne, nachhaltige Atomkraftwerke zu entwickeln. Zudem stichelt Pieper gegen die deutschen Grünen. Die behaupteten zwar, gegen Atomkraft zu kämpfen – unterstützen aber weder die Klage Ös-

terreichs gegen das Kommissionsvorhaben, noch versuchten sie, im Europaparlament eine Mehrheit in dieser Frage zu organisieren.

Anfang März muss Pieper einen Bericht zum Kommissionsvorschlag im Industrieausschuss des Parlaments vorlegen. Dann haben die Abgeordneten sechs Wochen Zeit für Änderungsanträge – Pieper: „Ich rechne mit mindestens 2000“ –, nach der Sommerpause könnte über die Position des EU-Parlaments abgestimmt werden. Liegt die vor, startet Pieper für das Parlament in die nächsten Verhandlungen – in die mit Kommission und EU-Ratspräsidentschaft.